

Kitas als Service public? «Unbedingt»

Neue SP-Führung Gemeinsam wollen sie die Schweizer Sozialdemokratie in die Zukunft führen: **Mattea Meyer** und **Cédric Wermuth** sprechen über Gratis-Kitas, das Rahmenabkommen und ihren Kampf mit der SVP.

Christoph Lenz und
Jacqueline Büchi

In zwei Wochen übernehmen Sie die SP-Spitze. Der Zeitpunkt ist speziell: Die Schweiz scheint nach links zu rutschen. Bloss kann Ihre Partei nicht davon profitieren.

Meyer: Wenn Sie die Wahl Niederlage vor einem Jahr ansprechen: Ja, das tat weh. Aber wir sind immer noch die stärkste linke Kraft in der Schweiz. Und wir konnten seit den Wahlen im Parlament viele Erfolge erzielen. Das stimmt mich zuversichtlich.

Wermuth: Zuerst kommt sowie so immer der politische Inhalt. Meine ersten acht Jahre in Bern waren wirklich frustrierend. Wir haben sehr oft verloren, meist deutlich. Das hat brutal gedreht. Die Stimmung ist jetzt ganz anders, nicht nur im Parlament, auch auf der Strasse. Das hat auch der letzte Abstimmungs-sonntag gezeigt. Dieser Wandel – er ist entscheidend. Nicht, dass wir ein paar Sitze an die Grünen abgeben mussten.

Die SP dürfte auch sterben, Hauptsache, die Grundtendenz stimmt?

Wermuth: Wenn einmal alle unsere politischen Forderungen erfüllt sind, dann ja, dann ist die SP überflüssig. Aber davon sind wir noch einiges entfernt.

Über welches Resultat haben Sie sich am letzten Sonntag am meisten gefreut?

Meyer: Über das Nein zur Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs.

Wermuth: Ich möchte mich nicht entscheiden müssen, was wichtiger war. Das Nein zum Steuerbonus oder das Nein zur Kündigungsinitiative der SVP.

Blieben wir kurz bei der Familienpolitik. Warum ist dieses Ergebnis für Sie so wichtig?

Meyer: Es kam total unerwartet in dieser Deutlichkeit. Das Resultat beweist, dass die Leute genug haben von Steuersubventionen an ein paar wenige, die das Geld gar nicht nötig haben. Diese 370 Millionen Franken pro Jahr kann man viel sinnvoller für Familienpolitik ausgeben.

Die SP fordert Gratis-Kitas.

Wermuth: Nicht gratis, sondern gebührenfrei.

Meyer: Die Kernfrage ist nicht: Können wir uns das leisten? Die Frage ist: Wer trägt welchen Teil der Kosten? Heute tragen die Familien den Hauptteil. Wir brauchen da eine solidarischere Lösung über Steuereinnahmen.

Krippen als Service public?

Wermuth: Unbedingt!

Meyer: Es ist doch absurd: Kindergarten und Schule sind öffentliche Leistungen. Aber die ersten vier bis fünf Jahre müssen die Familien dann doch selber schauen, wie sie mit ihren Kindern kutschieren.

Die Linke schafft es nicht einmal, sich darüber zu verständigen, welche Form von Elternzeit sie anstrebt. 32 Wochen? 1 Jahr?



Am 17. Oktober werden Cédric Wermuth und Mattea Meyer aller Voraussicht nach als neue SP-Präsidenten gewählt. Foto: Adrian Moser

Wermuth: Wir haben kein Herrliberg, das für alle entscheidet – zum Glück. Die Linke ist vielfältig, das ist auch gut so. Und die Diskussion ist erst angelaufen.

Herr Wermuth, Sie haben das klare Volks-Nein zur Begrenzungsinitiative erwähnt. Das Ergebnis öffnet den Raum in der Europafrage. Sie selbst haben sich dezidiert gegen das Rahmenabkommen gestellt. Bleiben Sie beim Nein?

Wermuth: Wir sind nicht gegen ein Rahmenabkommen. Aber gegen einen schlecht ausgehandelten Vertrag, mit dem über die Hintertür der Lohnschutz und der Service public in der Schweiz geschwächt wird. Schafft es der Bundesrat, in den wichtigen Fragen eine juristisch wasserdichte Klärung nachzuverhandeln, sind wir dabei. Wenn nicht, dann nicht.

Die SP ist für rasche EU-Beitrittsverhandlungen, den Rahmenvertrag will sie aber nicht. Das ist inkonsistent.

Politische Zwillinge

Am 17. Oktober entscheidet der SP-Parteitag über die Nachfolge des abtretenden Parteipräsidenten Christian Levrat. Gewählt werden dürfte das Duo Mattea Meyer (ZH) und Cédric Wermuth (AG). Martin Schwab, der mit einer Einzelkandidatur antritt, werden wenig Chancen eingeräumt. Meyer und Wermuth gelten als politische Zwillinge: Sie kennen sich bereits aus Juso-

Wermuth: Diese Position ist absolut konsistent. Im Parteiprogramm steht, dass wir die Aufnahme von Verhandlungen befürworten, aber sie erst im Ergebnis beurteilen würden. Für uns gibt es Bedingungen, namentlich Garantien für den Service public, für die direkte Demokratie und den Schweizer Franken. Die SP will ein Europa, das die Menschen ins Zentrum stellt, nicht die Profite. Da stehen wir zu 100 Prozent dahinter. Aber das steht nicht im Rahmenvertrag.

Gibt es irgendwo in Europa noch eine Sozialdemokratie, der es sich nachzueifern lohnt?
Meyer: Zum Beispiel Spanien, Portugal...

... Krisenländer.

Wermuth: Wenn man das spanische Regierungsprogramm nimmt, ist das wahrscheinlich eines der progressivsten, die dieser Kontinent in den letzten Jahrzehnten gesehen hat. Die Koalition von Podemos und PSOE will

Zeiten und zählen zum linken Flügel der SP. Die 32-jährige Meyer studierte Geschichte, Geografie und Politikwissenschaft. Sie ist seit 2015 im Nationalrat. Wermuth, 34-jährig, sitzt vier Jahre länger in der grossen Kammer. Er hat einen Abschluss in Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie. Sie lebt mit ihrer Familie in Winterthur, er mit seiner in Zofingen.

einen Ausbau des Service public, eine ökologische Wende, die den Menschen zugutekommt, und eine gleichstellungspolitische Offensive. Dort sehe ich schon eine Hoffnungsperspektive.

Ist SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz jemand, der Sie zum Träumen bringt, ein Vorbild?

Meyer: Wir haben jetzt eher Kontakt zum SPD-Präsidium. (lacht) Nein im Ernst, ich bin nicht jemand, der sich stark an Vorbildern orientiert. Aber es gibt Hoffnungsträgerinnen weltweit, die gute und wichtige Arbeit leisten.
Wermuth: Die amerikanische Linke um Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez. Er, der alte weisse Mann. Sie, die junge Hoffnungsträgerin ... Fast ein bisschen wie wir beide, ich bin ja schliesslich älter als Mattea. (lacht)

Meyer: Zwei Jahre!
Wermuth: Nein, im Ernst: Sanders und Ocasio-Cortez haben ein Konzept, das Mut macht.
Meyer: Sie ziehen ihr Ding durch, unabhängig vom politischen Mainstream, der vorschreibt, was jetzt denkbar und sagbar ist.

Die SP war zuletzt oft mehr damit beschäftigt, sich an der SVP abzuarbeiten, als eigene Akzente zu setzen.

Meyer: Es ist wichtig, Fremdenhetze und Rechtspopulismus entschieden entgegenzutreten. Aber klar: Ich fand es oft frustrierend, dass wir uns in diesen Abwehrkämpfen verloren haben. Mit dem Sieg gegen die Unter-

nehmenssteuerreform III konnten wir zwar die Verschlechterung der Lebensumstände vieler Menschen abwehren, aber das ist noch kein Fortschritt.

Wermuth: Die SVP ist auch nicht mehr, was sie einmal war. Früher nahm sie den Frust über eine wirtschaftliche Situation auf – vielleicht mehr als andere Parteien. Aber heute ist sie die Partei der Harvard-studierten Finanzoligarchie. Die Aeschis und Matters machen nichts anderes mehr, als die Privilegien der Reichen zu verteidigen und Steuerbefreiungen durchzusetzen. In der Covid-Krise mussten wir gegen die SVP antreten, um das Gewerbe zu stützen.

Sie beide sind seit 15 Jahren politische Weggefährten. Verstehen Sie die Ängste, die das in der SP auslöst?

Meyer: Wir erleben den Austausch in der Partei als sehr positiv. Wenn Sie die Angst der Romandie meinen: Ja, wir haben gerade dort empfindliche Niederlagen eingefahren. Wir möchten auch deshalb im Vizepräsidium neben Ada Marra und Roger Nordmann eine zusätzliche Person aus der Westschweiz. Wir haben viele starke Figuren in der Romandie.

Was werden Sie anders machen als Christian Levrat?

Meyer: Es geht nicht um eine Abgrenzung zu ihm. Er hat die Partei zwölf Jahre lang geführt und geprägt. Wenn wir nach vorne schauen, ist für uns klar, dass

Politik nicht im Bundeshaus beginnt und endet. Bewegungen wie der Klimastreik, der Frauenstreik oder die «Black Lives Matter»-Bewegung zeigen: Fortschritt entsteht zuerst auf der Strasse.

Wermuth: Anders ist auch, dass wir zu zweit sind. Wir haben beide Kinder. Das ist zwar nicht der einzige Grund für die Co-Lösung, aber einer davon. Wir wollen zeigen, dass das im Jahr 2020 möglich sein muss: Verantwortung in der Politik oder im Job übernehmen und gleichzeitig auch in der Familie. Vielleicht können wir auch ein wenig ein Türöffner sein für eine neue Generation.

Christian Levrat will in Freiburg in die Regierung einziehen. Die SP wäre künftig mit zwei Männern im Staatsrat vertreten. Ist das legitim?

Meyer: Wir nehmen die Gleichstellung ernst und sind der Meinung, dass es in Ämtern eine paritätische Besetzung braucht. Der Anspruch muss 50:50 sein. Aber am Ende ist es an der Kantonalpartei, diese Entscheidung zu fällen.

Die SP hat bei den Wahlen 2019 noch knapp 17 Prozent erreicht. Was ist Ihr Ziel für 2023?

Wermuth: Wir legen uns nicht fest auf eine Zahl. Aber wir wollen sicher zulegen.

Meyer: Deutlich zulegen. Aber es geht doch nicht nur darum, Wählerstimmen zu gewinnen. Wir wollen verändern. Wie am letzten Wochenende.